



- Es gilt das gesprochene Wort! -

Rede der Kreisvorsitzenden Kornelia Wehlan auf der Kreisvertreterkonferenz am 21.06.2008 im Kreishaus in Luckenwalde

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Gäste,

Fast 5 Jahre zur letzten Kommunalwahl sind vergangen und ich frage mich schon, wo die Zeit geblieben ist. Eben waren wir doch noch im Wahlkampf

- 2003 mit den Kommunalwahlen,
- 2004 mit den Europa- und Landtagswahlen
- 2005 mit den Bundestagswahlen
- 2006 und 2007 mit Bürgermeisterwahlen in Jüterbog, Ludwigsfelde und in der Gemeinde Am Mellensee.

Nun stehen uns mit 2008 und 2009 wieder zwei Wahljahre ins Haus von der gemeindlichen Ebene bis hoch zum Europaparlament. 2010 folgen weitere Bürgermeisterwahlen.

Wir sind in dieser Zeit inhaltlich gewachsen und haben uns personell gestärkt und das entgegen aller Mutmaßungen und auch offen geäußerter Wünsche wie „Mit euch, das hat sich sowieso bald erledigt“.

Totgesagten leben länger, das trifft auch auf die Linkspartei zu und ich denke wir waren über all die Jahre gut beraten, in großer Sachlichkeit die Alltagsprobleme der Menschen in die Vertretungen und Parlamente zu tragen.

In dieser Woche ist DIE LINKE ein Jahr alt geworden. Begonnen mit dem Projekt einer gesamtdeutschen Linken aus WASG und PDS zur Bundestagswahl 2005, folgte die Diskussion zu den Programmatischen Eckpunkten, der Gründungsparteitag am 16. Juni 2007 und am letzten Maiwochenende 2008 in Cottbus unser erster ordentlicher Bundesparteitag.

Dabei wissen wir Genossinnen und Genossen, wir sind nicht plötzlich vom Himmel gefallen. Wir bringen unterschiedliche Sozialisationen, Kulturen aus Ost und West ein. Eine Vorgeschichte, die sich insbesondere für uns mit 40 Jahren DDR verbindet.

Wo es Fortschritte gab – mehr soziale Gleichheit, mehr Gleichstellung der Frauen im Beruf und Gesellschaft, mehr soziale Sicherheit, ein besseres Gesundheitswesen und eine gute Schulbildung. Wo aber eine falsche Sicherheitspolitik zur Staatsdoktrin erklärt wurde, die in großem Maße von Misstrauen gegen die eigene Bevölkerung und der Ausgrenzung von Andersdenkenden geprägt war, wo die Rechtsprechung bevormundet und die Freiheit von Wissenschaft und Kultur verletzt wurde sowie Pressefreiheit nicht bestand.

Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Mitbestimmung sind aber unverzichtbare Bestandteile einer Gesellschaft, in der die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist, wie in unseren programmatischen Eckpunkten steht. Das ist die Lehre aus der Geschichte der DDR und für uns die

besondere Verantwortung daraus Konsequenzen für unser Handeln und Tun zu ziehen.

Und wir sind damit wieder bei Rosa Luxemburg, die, als ahnte sie die Fehler, die die Arbeiterbewegung im Staatssozialismus und Kapitalismus machen würde, uns ins Stammbuch schrieb: Gleichheit ohne Freiheit ist Unterdrückung. Und Freiheit ohne Gleichheit ist Ausbeutung.

Was Gleichheit ohne Freiheit hieß, erlebten wir DDR-Bürger. Und was Freiheit ohne Gleichheit bedeutet, erleben heute die Hartz-IV-Empfänger, die Leiharbeiter, die in Armut lebenden Kinder oder die Verkäuferinnen im Supermarkt, die in Minijobs beschäftigt sind und wie bei Lidl bis auf die Toilette von Kameras überwacht werden.

Wir sollten uns also nicht von unseren Gegnern dazu drängen lassen, unseren Blick auf die 40 Jahre der DDR im letzten Jahrhundert zu verengen. Wir blicken auf eine über 150-jährige Tradition zurück, wie Lothar Bisky auf dem Bundesparteitag erläuterte. Die Stichworte sind: Arbeiterbewegung, Frauenbewegung, Friedensbewegung, antikoloniale Befreiungsbewegungen.

Und dazu gehört auch die eigentliche Gründungsgeschichte der neuen LINKEN, die 1998 beginnt, als die schwarz-gelbe Regierung der verblühenden Landschaften endlich abgewählt wurde und eine rot-grüne Bundesregierung dem Land den ersten Kriegseinsatz außerhalb der Bundesrepublik mit der Beteiligung am Kosovokrieg bescherte.

Und ein weiterer Punkt ist für uns prägend: die Erneuerung des Sozialstaates und seiner finanziellen Grundlagen. Mit der durch Schröder und seiner rot-grünen Regierung eingeleiteten Agenda 2010-Politik wurde die größte Umverteilung von unten nach oben seit den fünfziger Jahren auf den Weg gebracht. Wie Statistiken belegen, gab es in Deutschland keine Periode, in der über mehrere Jahre hinweg die Realeinkommen der Mehrheit der Bevölkerung gesunken sind und der Anteil der Löhne am Volkseinkommen systematisch zugunsten der Vermögenseinkommen schrumpfte.

Die Regierung Schröder hat entschieden, die Körperschaftssteuer zu senken, und zwar von 45 auf 25 Prozent, jetzt in der Großen Koalition auf 15 Prozent – eine Steuer die in den USA, Japan - auch Frankreich bei über 30 Prozent liegt. Schröder hat sich entschieden die Veräußerungserlössteuer der Kapitalgesellschaften gänzlich zu streichen, er hat sich entschieden den Spitzensteuersatz der Einkommenssteuer von 53 auf 42 Prozent zu senken. Und zeitgleich drehte er sich um zu den Rentnerinnen und Rentnern, zu den Kranken und Arbeitslosen und erklärte, dass er für sie kein Geld mehr hat und kürzen müsse.

Durch diese Politik ist etwas passiert, was wir in der Bedeutung nicht unterschätzen dürfen. Dass eben nach 1949 das Bedürfnis nach einer Partei links von der Sozialdemokratie entstanden ist, was vorher mit dem Antikommunismus immer verhindert worden war. Das ist eine spannende Herausforderung, der wir uns stellen. Wie wir uns auch dem Vorwurf viel offensiver stellen müssen, unsere Vorschläge seien unbezahlbar und populistisch.

Das Gegenteil ist der Fall. Die durchschnittliche Steuer- und Abgabenquote in der Europäischen Union liegt bei über 40 Prozent. Darin eingerechnet sind bereits Länder wie Rumänien, Bulgarien, die Slowakei, Litauen und Estland. Das stärkste ökonomische Land der EU – Deutschland – liegt mit über fünf Prozent darunter. Hätten wir nur den Durchschnitt, hätten wir jährlich eine Mehreinnahme von 120 Milliarden Euro. Damit ließen sich all unsere Forderungen finanzieren.

Es stimmt einfach nicht, dass das Geld nicht da ist. Vorher Rot-Grün und heute Schwarz-Rot sorgen nur dafür, dass das Geld nicht da ist. Weil sie immer an den

falschen Stellen Steuersenkungen beschließen und die Geringverdienenden und die durchschnittlich Verdienenden und die Kleinunternehmen übermäßig zur Kasse bitten. Und genau das wollen wir verändern!

Und obwohl, weil ORIGINAL SOZIAL – also DIE LINKE wirkt, bescheidene Korrekturen im sozialen Bereich in Angriff genommen wurden, ist die bisherige Bilanz der Großen Koalition mehr als ernüchternd. Die Umverteilung von unten nach oben dauert unvermindert an. Über die Mehrwertsteuer werden bei Rentnern, Arbeitnehmern und Empfängern sozialer Leistungen jährlich 22 Milliarden Euro abkassiert.

Nach der neuen Unternehmenssteuerreform und dem Senken der Arbeitslosenversicherungsbeiträge – was dabei oft übersehen wird: die Hälfte geht an die Unternehmen – wurde den Unternehmen jährlich derselbe Betrag, also 22 Mrd. Euro, gegeben, der den Konsumenten genommen wurde. Und das obwohl die Gewinne in den letzten Jahren explodierten.

Aufgrund der verheerenden Arbeitsmarktgesetzgebung ist der Niedriglohnsektor in Deutschland in diesem Jahr der größte unter den OECD-Staaten. Fast jeder vierte Beschäftigte arbeitet zu einem Lohn von 15.000 Euro jährlich und darunter. Und wer einen Monatslohn von 1000 Euro hat, darf mit einer Armutsrente von 400 Euro rechnen.

In Dänemark bezieht man beim selben Lohn eine Rente von 1200 Euro, also das Dreifache. Deshalb sagen wir, dass dieser gesellschaftspolitische Skandal beendet werden muss – wir wollen armutsfeste Renten!

Und was oft übersehen wird: Die Lohnquote, also der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen, ist seit dem Jahr 2000 von 72 Prozent auf nunmehr 64 Prozent gefallen. Das sagt im Grunde genommen alles. Ohne diese Talfahrt der Lohnquote hätten die Beschäftigten 135 Milliarden Euro mehr Lohn. Staat und Sozialkasse würden davon rund die Hälfte als Steuern und Abgaben einnehmen. Man sieht also, wie ein zu langsames Wachsen der Löhne, und das haben wir seit 20 Jahren, die strukturelle Situation eines Staates und einer Gesellschaft total verändern kann.

2,5 Millionen Kinder leben in Deutschland in Armut. Die negative soziale Auslese unseres dreigegliederten Schulsystems ist erschreckend, wie der aktuelle Bildungsbericht auch für Brandenburg zeigt.

Und weil Leiharbeit, befristete Arbeitsverträge, Aufstocker, Mini- und Midijobs zunehmen, Binnenkaufkraft sinkt, kommt der Aufschwung bei der Bevölkerung – auch bei Kleinstunternehmen, Handwerkern und Dienstleistern einfach nicht an und spitzen sich soziale Probleme weiter zu.

Alle mit uns konkurrierenden Parteien wollen die Lohnnebenkosten senken. Das heißt sie wollen das Geld für Rentner, Arbeitslose, Kranke und Pflegebedürftige kürzen. Bemüht wird das Argument: die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschlands zu stärken.

Man setze auf Eigenverantwortung statt Sozialstaat – ihr Credo. Der neueste Armutsbericht zeigt die Folgen: Heute lebt in Deutschland jedes sechste Kind von Hartz IV. In Brandenburg lebt jedes vierte Kind unter 15 Jahre von Sozialgeld. Zugleich explodieren Managergehälter und stiegen die Fondsvermögen. Eine Ungerechtigkeit, die wir den Herrschenden nicht durchgehen lassen.

Und an diesen großen Zusammenhängen docken wir hier vor Ort mit unserem Wahlprogramm an. Und deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, steht ganz bewusst als **1. Schwerpunkt** in unserem Kreiswahlprogramm:

Arbeit hat Priorität – Arbeit zu menschenwürdigen Bedingungen.

Wir setzen uns ein für die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen, dass öffentliche Investitionen und Leistungen an hiesige Unternehmen gehen, die Arbeits- und Ausbildungsplätze in der Region sichern.

Dabei sollen Mindestlohn und Tarifbindung zu Vergabekriterien öffentlicher Aufträge werden.

Wie wir uns überhaupt für einen gesetzlich garantierten Mindestlohn einsetzen. Es ist nicht länger duldbar, dass Menschen trotz Beschäftigung von ihrer Hände Arbeit nicht leben können.

Hier binden sich auch unsere Forderungen ein, die kreisliche Arbeitsmarktpolitik stärker an arbeitsmarktrelevante Effekte auszurichten und Langzeitarbeitslosigkeit spürbar zu verringern. Dazu ist weniger auf Ein-Euro-Jobs zu setzen, sondern viel mehr auf eine zielgerichtete Qualifizierung.

Wir wollen keine Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Deswegen gehören für uns soziale und kulturelle Dienstleistungen, die Wasserwirtschaft und Abfallbeseitigung, Energie und Wohnraum und auch der ÖPNV nicht in private Hände; Wir brauchen hier öffentliches Eigentum, weil hier andere Kriterien gelten müssen. Überdies sichern wir über die Kommunalwirtschaft ebenfalls Arbeits- und Ausbildungsplätze.

Das heißt auch, dass ländliche Regionen in unserem Kreis nicht von der öffentlichen Daseinsvorsorge abgehängt werden dürfen. Mobilität, ÖPNV und Anbindung an die Zentren gehören für uns dazu.

Deshalb unterstützen wir die Forderung der Städte Trebbin, Baruth und des Amtes Dahme/Mark zur finanziellen Sicherung der Grundversorgung. Nur so kann weiteren Schrumpfungsprozessen entgegengewirkt werden.

Daseinsvorsorge darf nicht von der Größe des Geldbeutels abhängen! Und das gilt auch für die Bildung. Deshalb wollen wir

2. Eine gute Bildung für alle – von Anfang an!

Chancengleichheit für alle ist nur über Bildung und Kultur herstellbar. Und der Zugang wird immer schwieriger, wie der aktuelle Bildungsbericht auch für das Brandenburger Schulsystem herausgearbeitet hat.

Es ist mehr als offenkundig, dass es dem Brandenburger Bildungssystem an Qualität fehlt. Das ist auch kein Wunder. Im Vergleich mit anderen Bundesländern schneidet Brandenburg, was den Einsatz finanzieller Mittel anbelangt, denkbar schlecht ab. Und das von der Kita bis zur Oberschule.

Deshalb darf in der brandenburgischen Bildungspolitik nicht länger der Rotstift regieren, eine Forderung, die wir schon vor 5 Jahren an die Landespolitik gaben. Bei den heranwachsenden Generationen zu sparen heißt, sich selbst der Zukunft zu berauben.

Der Erhalt eines wohnortnahen, alle Bildungsgänge umfassenden Schulangebotes ist unabdingbar. Deshalb unterstützten wir den Elternprotest gegen die Schließung der gymnasialen Oberstufe an der Sportbetonten Gesamtschule in Luckenwalde und der Oberschule in Dahme.

Heute ist aus der Gesamtschule längst eine Oberschule geworden, was den Zugang zum Abitur für Oberschüler, die sich erst nach der 10. Klasse entscheiden für den weiterführenden Bildungsgang, deutlich eingeschränkt hat. Mit dem 12-jährigen Abitur am Gymnasium sind veränderte Stundentafeln ab Klasse 7 erforderlich, das ist nicht mehr zu kompensieren nach Klasse 10 der Oberschule.

Nun soll ab dem Schuljahr 2009/2010 am Oberstufenzentrum in Luckenwalde neben dem Fachabitur ein neuer vollwertiger Abiturjahrgang eingerichtet werden, um dieses Manko zu heilen. Erst werden Strukturen zerschlagen und dann mit großem Aufwand neue geschaffen. 50 Schülerinnen und Schüler müssen bis 2009 gefunden sein. Ein

anspruchsvolles Ziel, wenn man bedenkt, dass das Jüterboger Gymnasium ebenso ums Überleben kämpft und im Elbe-Elster-Kreis private Bildungsträger versuchen, die Region Dahme mit ihren Angeboten abzudecken.

Der aktuelle Appell des Bildungsministers an die privaten Bildungsträger bei ihrer Entwicklung doch nicht weiter dafür zu sorgen, dass öffentliche Schulen eingeschränkt bzw. abgebaut werden, grenzt an totaler Wahrnehmungsstörung.

Nicht Bitte-Bitte-Politik ist gefordert, sondern endlich verantwortliches Handeln für bessere Rahmenbedingungen in staatlichen Schulen, wie kleinere Klassen, Förder- und Teilungsunterricht. Dazu dürfen nicht weiter Lehrer aus dem System genommen, sondern müssen Lehrer, besonders junge, zusätzlich ins System gegeben werden.

Längst auf der Tagesordnung steht die Gemeinschaftsschule, wie sie in Modellprojekten in Berlin auf den Weg gebracht wird. Das beitragsfreie Vorschuljahr ist in Berlin und in unserem Nachbarkreis schon umgesetzt. Es geht um gleiche Chancen für alle Kinder, um gemeinsames Lernen unter einem Dach. Damit verbinden wir auch den Rechtsanspruch eines jeden Kindes auf einen Kita-Platz mit beitragsfreiem Mittagessen.

Ebenso entsprach unsere Initiative für einmalige Zuschüsse zur Einschulung für Kinder aus Hartz-IV- und Niedriglohnfamilien diesem Anliegen der Chancengleichheit. Was uns da als Oppositionsfraktion im Kreistag gelungen ist, ist sehr hoch zu würdigen - wie auch unsere Initiativen zum Sozialticket und für eine elternbeitragsfreie Schülerbeförderung.

Ich möchte an dieser Stelle unserem Fraktionsvorsitzenden Jürgen Akuloff und den Mitgliedern herzlich danken für ihr Engagement. Wir werden uns zur umfassenden Arbeit der Kreistagsfraktion noch zu einem späteren Tagesordnungspunkt ein größeres Bild von der Arbeit der Fraktion machen können.

Und mit diesen Initiativen bin ich bei unserem **3. Schwerpunkt**

Soziale Gerechtigkeit, ein selbstbestimmtes Leben sichern.

Es liegt auf der Hand, dass wir zu diesem Schwerpunkt für die Schwächsten der Gesellschaft initiativ sein werden, die als Opfer der Entsolidarisierungspolitik der Hartz-Gesetze auf der Strecke geblieben sind bzw. in den Niedriglohnsektor gedrängt wurden. Deshalb lassen wir von unserer Forderung zur Einrichtung eines kreislichen Sozial- und Familienpasses nicht ab.

Bestandteile dieses Passes habe ich schon beim Bildungsschwerpunkt benannt: beitragsfreies Mittagessen – mindestens aber bezuschusst, Einschulungszuschüsse, Sozialticket, beitragsfreie Schülerbeförderung. Auch die Teilhabe an Kultur und Bildung durch unentgeltliche Nutzung kreislicher Kultur- und Bildungsveranstaltungen, einschließlich der Fahrbibliothek gehören dazu.

Auf Hartz-IV-Betroffene und Niedriglohn reduzieren lassen wir uns zum Schwerpunkt: **Soziale Gerechtigkeit, ein selbstbestimmtes Leben sichern** aber nicht. Wir setzen uns ebenso ein für den Erhalt und die finanzielle Ausstattung der Jugend- und Freizeitklubs sowie kultureller und sportlicher Einrichtungen.

Wir wollen eine stärkere Berücksichtigung der Lebensumstände von Senioren, ihre Teilhabe an Entscheidungen und Möglichkeiten der Mitgestaltung und vor allem Anerkennung ihres übergroßen ehrenamtlichen Engagements.

Darin ein bindet sich unsere Forderung zur Sicherung einer wohnortnahen haus- und fachärztlichen medizinischen Behandlung, die, wenn nicht mehr ausreichend vorhanden – wie im Jüterboger Raum, besonders für ältere Menschen, Alleinerziehende und Familien mit Kindern negativ wirkt.

Wir wollen Sicherheitspartnerschaften und kommunale Konzepte zur Kriminalitätsverhütung befördern und sagen sehr deutlich, dass wir keine Nazis in den Kommunalvertretungen haben wollen.

Für DIE LINKE sind Frieden, Antifaschismus und Antirassismus kommunalpolitische Grundwerte, für die es sich lohnt einzutreten.

Und, liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde, darin sind wir uns sicherlich einig, ein selbstbestimmtes Leben sichern ist immer auch abhängig davon, wie viel mir – meiner Familie - an Finanzen im Monat zur Verfügung stehen. Die Beantwortung dieser Frage wird erheblich durch Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik beeinflusst.

Natürlich kann Kommunalpolitik keine Berge versetzen und außer mit deutlichem Protest auch direkt keine Rahmensetzungen von Berlin und Potsdam verändern. Und trotzdem haben Verwaltungen und Vertretungen hier vor Ort die Verpflichtung mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger sparsam umzugehen.

Und hier bin ich bei unserem **4. Schwerpunkt: Bürgernähe und moderne Verwaltung.**

Eine moderne Verwaltung muss eine bürger- und unternehmensfreundliche Beschleunigung von Verwaltungsabläufen garantieren. Wir sind die Kunden und Mandanten der Verwaltung und nicht ihr störendes Publikum.

Auch künftig sind die elementaren Leistungen für uns Bürger bereitzustellen, Wege und Straßen sind begeh- und befahrbar zu halten. Gebühren und Beiträge sind dem Maßstab der geringsten Bürgerbelastung zu unterwerfen. Erschließungsbeiträge wie für Straßen- und Kanalausbau dürfen nicht dazu führen, dass Bürgerinnen und Bürger von ihrer Scholle vertrieben werden.

Wir halten es für einen Skandal, dass Anschlussbeiträge für Wasseranschlüsse, die noch aus DDR-Zeiten stammen, nachträglich in die Gebührenkalkulationen der Versorgungsträger neu einbezogen werden sollen. Dass damit genossenschaftliche und kommunale Wohnungsunternehmen vor großen finanziellen Schwierigkeiten stehen. SPD und CDU im Landtag Brandenburg haben das mit der letzten Änderung des Kommunalen Abgabengesetzes im Jahr 2003 verbockt. Sie sind deshalb in der Pflicht, für eine landesgesetzliche Regelung zu sorgen, die den Rückgriff auf Altanschlüsse verhindert.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

Kommunalpolitik unterscheidet sich von der Politik auf Landes- oder Bundesebene entscheidend. Kommunalpolitik ist unmittelbarer, sie ist direkter. Die Verantwortlichkeiten sind klarer erkennbar und auch fassbar, unmittelbarer ist die Nähe des Bürgers zur Politik und zu seinen Politikern. Und gerade in dieser Nähe „vor Ort“ liegen Herausforderungen und Chancen für die linke Kommunalpolitik.

DIE LINKE hat im Landkreis noch keinen hauptamtlichen Bürgermeister oder Beigeordneten. Was nicht ist kann ja noch werden und sollte sich auch ändern.

Denn die Umfrageergebnisse, dass man uns kommunal zu wenig zutraut, haben nicht unerheblich mit dieser Frage - der praktischen Beweisführung - zu tun.

Gegenwärtig sind ja die Bändchenschneider allerorten unterwegs im Landkreis und werden als die Macher wahrgenommen. Selbst der Landrat hatte seinen Auftritt bei der Eröffnung der Bibliothek im Bahnhof in Luckenwalde, obwohl er mit seiner Verwaltung und seinen Mehrheiten im Kreistag entschieden hat, sich aus der zukünftigen Finanzierung und Struktur einer gemeinsam geführten Stadt- und Kreisbibliothek herauszuziehen.

Ich glaube, dass Bürgerinnen und Bürger das durchaus wahrnehmen und auch die Scheinkandidatur für den Wahlkreis 5 entsprechend einordnen werden.

Zuallererst und das ist auch gut so entscheidet immer noch die Wählerin und der Wähler, ob und inwieweit auch wir mit einem Wahlergebnis versehen werden, das uns mehr Verantwortung überträgt.

Deshalb sollten wir uns auch nicht treiben lassen in Fragestellungen gegenwärtig ungedeckter Schecks zukünftiger Regierungsmehrheiten im Landkreis.

Dass die Fragen zunehmen verwundert nicht. Bekanntlich braucht man zuallererst in einem Koalitionsbündnis eine Vertrauensbasis miteinander, begründet in klaren inhaltlichen Schwerpunkten und Personen die sich an die Spitze der Bewegung stellen. An beidem krankt es im kreislichen Parteienbündnis SPD und CDU.

Über die Medien zu kommunizieren und dann noch mit gegensätzlichen Auffassungen, ließ auch die Öffentlichkeit daran teilhaben. Und wenn dann abgestimmte Anträge durch die Koalition eingebracht werden und vier Vertreter der CDU ans Pult stürmen, um ihre anderen Auffassungen darzulegen, zeugt das von der Schwäche des Fraktionsvorsitzenden der CDU und lässt nicht unbedingt Vertrauen wachsen.

Unsere Anträge und Auffassungen für ein Sozialticket, für Einschulungszuschüsse und eine elternbeitragsfreie Schülerbeförderung haben Kreispolitik verändert.

Lasst uns deshalb selbstbewusst für unser Kreiswahlprogramm eintreten.

Mit einer Powerliste von 61 Kandidatinnen und Kandidaten mit größter Fachkompetenz sollte uns das auch gut gelingen. Und alle die, die mitarbeiten wollen und wo der Einzug in den Kreistag in diesem Jahr vielleicht noch nicht klappt, sei gesagt, wir brauchen auch viele von euch als sachkundige Einwohner, Aufsichtsratsmitglieder kommunaler Gesellschaften und für den weiteren Erfahrungsaustausch - dann mit den neuen Fraktionen in den Gemeinden, Städten und im Kreistag. Bitte unterstützt uns auch zukünftig!

ORIGINAL SOZIAL - DIE LINKE. Teltow-Fläming

Für einen wirtschaftlich starken und sozial gerechten Teltow-Fläming-Kreis

Es gilt das gesprochene Wort!